

11. III. 1918

Christlichsoziale und Nationalverband.**Äußerungen eines hervorragenden deutschen Politikers.**
(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Prag, 10. März.

Ein hervorragender deutscher Politiker äußert sich über das jüngste überraschende Vorgehen der Christlichsozialen:

Die deutsche Öffentlichkeit ist durch die letzten Beschlüsse der Christlichsozialen in hohem Maße beunruhigt worden. In gewisser Richtung erscheint mir diese Beunruhigung durchaus berechtigt. Es ist für das freie deutsche Volk ein beklemmender Gedanke, jetzt und in Zukunft mit so unsicheren Elementen zusammenarbeiten zu müssen. Und da doch dieses Zusammengehen in nationalen Fragen einfach unerlässlich ist, so eröffnet das christlichsoziale Ringelspiel der letzten Tage gewiß einen höchst beunruhigenden Ausblick auf die künftige Gestaltung der deutschen Politik. In dieser Hinsicht teile ich auch die weitestgehenden Befürchtungen.

Andererseits verhält es sich mit der unmittelbaren Wirkung der christlichsozialen Beschlüsse auf die derzeitige politische Lage. Die Befürchtung, daß infolge dieser Beschlüsse die Neuordnung der Dinge in Oesterreich schon bei ihrem ersten Schritte zum Stocken gebracht werden könnte, erscheint mir nicht für begründet. Um die derzeitige Lage richtig zu verstehen, muß man ein wenig zurückblicken. Es hat sich zweimal in den letzten Monaten um einen wirklichen prinzipiellen Gegensatz zwischen parlamentarischem und nichtparlamentarischem Regieren gehandelt. Das eine Mal unter Stürgkh, als gemeinsam mit allen Gruppen des Herrenhauses die deutsche Fortschrittspartei den Uebergang zum Parlamentarismus verlangte, das zweite Mal unter Koerber, als dieser einen Versuch mit der Volksvertretung machen und ihr die Verantwortung auferlegen wollte, dem Staate das zu seiner Erhaltung und Entwicklung Notwendige zu verweigern. Zu diesen beiden Zeitpunkten haben wir nicht bemerkt, daß sich die Christlichsozialen für das Parlament besonders erwärmt hätten. Dann hat das Ministerium Graf Clam-Martinic die Regierung mit einem ganz bestimmten Programm übernommen: Wiederkehr zum Parlamentarismus nach vorheriger Schaffung gewisser Voraussetzungen, deren Ausmaß nicht ganz feststand und vielleicht feststeht, die aber jedenfalls die Staatsverwaltungsreform umfassen. In den bekannten „Richtlinien“ wurde dieses Programm noch einmal als gemeinsam dem gesamten deutschen Bürgerlande feierlichst besiegelt. Was hat sich seither geändert? Man will glauben machen, daß

der Streit um die Frage geht, ob das Parlament einberufen werden soll oder nicht. Das ist eine Irreführung. Es handelt sich einfach um eine Frage des Termins, und selbst da nur um eine Differenz von wenigen Wochen, die man der Regierung zur Bewältigung gewisser, trotz aller Vorbereitung schwieriger legislativer Arbeiten gewähren oder verweigern kann. Wenn sich die Christlichsozialen scheinbar für das Letztere entschieden haben, dann können keine sachlichen Erwägungen eine Rolle spielen. Maßgebend wären vielleicht die unbefriedigten Wünsche gewisser Herren nach einem derzeit leider bereits vergebenen Portefeuille. Die Regierung wird sich von ihrer Linie nicht abbringen lassen.